

Stellungnahme zur Kritik des Landrats und der Kreistagskollegen unmittelbar nach der Anfrage im Krankenhausausschuss

An dieser Stelle möchte ich zuerst einmal meinen ausdrücklichen Dank all denen aussprechen, die unter diesen Bedingungen alles geben für die Pflege der Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind.

Der Herr Landrat und einige der Kollegen im Kreistag behaupten, die Senkung der Kreisumlage habe nichts mit der Situation der Pflege zu tun. Auch wird die dramatische Situation der Pflegenden in Frage gestellt und die Belastung läge im Mittelfeld. Dazu möchte ich folgendes feststellen:

Die laufenden Kosten des Ortenau Klinikum werden aus dem Preis der DRGs (Diagnosis Related Groups, deutsch: diagnosebezogene Fallgruppen), bezahlt, den diese erzielen. Das Zustandekommen dieses Preises ist vorsichtig ausgedrückt sehr speziell. Dieser Bereich ist definitiv unterfinanziert. Hauptkostenpunkt sind Löhne und Gehälter, wobei die Zuweisungen nicht in dem Maße steigen, wie die Tarife der Beschäftigten.

Bei den Investitionstätigkeiten muss man davon ausgehen, dass sowohl der Landrat und auch die kritisierenden Kollegen wissen, dass die Baukostenzuschüsse des Landes nur zur Hälfte bereitgestellt wurden und hier somit eine große Finanzierungslücke bei den Bauvorhaben des Ortenau Klinikums klafft. Anstatt diese Lücke mit Kreismitteln zu füllen, werden hier über Einsparungen in der Pflege die Betriebsergebnisse des Ortenau Klinikums ausgeglichen. Ein eh schon unterfinanzierter Bereich muss in der Ortenau dafür erhalten, das Kreismittel eingespart werden können und die Kreisumlage entsprechend niedrig ausfällt. Dies kriegen vor allem die Pflegenden zu spüren, denn dort kann man am meisten einsparen. Diese Lücke klafft vor allem seit 2008, auch wenn die Situation davor schon nicht rosig war.

Einsparungen in der Pflege müssen zudem auch für neu geschaffene Stellen für Ärzte erhalten. Es wird sogar vermutet, dass das Ärztehaus in Kehl auf diese Art zumindest mitfinanziert wurde.

Auch wenn die Landesregierung aktuell bei der Baukostenfinanzierung etwas nachgebessert hat, bleibt eine riesige Finanzierungslücke (500 Mio./Jahr in BW). Hierbei sei auf die Aktion der BIV:

Baustellen nicht mit Personalkosten finanzieren

verwiesen. Diese Dinge kann jeder bei der *(BIV) Betrieblichen Interessen-Vertretungen der Krankenhäuser Baden Württembergs*, bei *Verdi* und auch in vielen Zeitungsartikeln nachlesen. Auch in Stellungnahmen und Erklärungen von SPD und Grünen kann man fündig werden, vor allem vor 2011 (Regierungsübernahme in Stuttgart).

Im sicheren Glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger die komplexe Finanzsituation nicht vollständig durchschauen können wird nun behauptet, dass die dramatische Situation an den Krankenhäusern nicht mit den Kreismitteln und somit nicht mit der Kreisumlage in Zusammenhang gebracht werden dürfe. Diese Umlage ist die mit Abstand wichtigste Finanzquelle der Kreise. Durch sie hat der Kreis ein Steuerungsmittel, wenn er es dann wirklich einsetzt. Aber im Gegensatz dazu wurde der Hebesatz in der Ortenau im Dezember 2014 noch weiter abgesenkt um 2,5 auf 27,5 Punkte. Ein halber Punkt entspricht dabei fast 5 Mio. Euro, die in der Kreiskasse fehlen. Hier sei auch nochmals auf den Interessenskonflikt *„Kreisumlage beschließen und gleichzeitig Bürgermeister sein“* verwiesen.

Die Menschen mögen sich nun ein eigenes Bild machen, wenn der Herr Landrat und mancher Kollege keinen Zusammenhang sehen möchte zwischen den Kreisfinanzen und

der Situation im Ortenau Klinikum.

Wie wichtig es ist, sich diesem Thema anzunehmen und zukünftig mehr Kreismittel bei der Krankenhausfinanzierung einzuplanen, zeigen auch weitere drohende Verschlechterungen, die die Bundesregierung bei der Krankenhausfinanzierung beschließen will. Es kann niemand leugnen, die Situation ist dramatisch für Pflegende und Patienten. Da kann der Herr Landrat noch so viele Gutachter beschäftigen. Er sollte stattdessen bei den Pflegerinnen und Pflegern mal nachfragen.

Es gibt Studien, in denen ein Anstieg von Infektionskrankheiten wie Lungenentzündungen und Harnwegsinfektionen im Zusammenhang mit weniger Pflegepersonal nachgewiesen wurde. Dazu stellt Verdi unmissverständlich klar: Personalnot tötet!

Ingo Busch (Verdi, Fachbereich Gesundheit) bei der Demo in Freiburg auf dem Augustinerplatz:

„Die Geduld der Beschäftigten ist zu Ende. Es ist 5 nach 12. Warme Worte für die Beschäftigten in Sonntagsreden hat es genug gegeben. Gebrauchte wird eine nachhaltige Lösung: Eine gesetzliche Personalbemessung für genug Personal im Gesundheitswesen wird nicht morgen gebraucht, sie muss sofort kommen!“

Die bedarfsgerechte Versorgung der gesamten Bevölkerung mit leistungsfähigen und wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern ist eine durch das Sozialstaatsprinzip verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe. Sie gehört zum Kernbestand der staatlichen Daseinsvorsorge. Der Kreis muss hier mehr tun!

Man muss aber noch eine sehr wichtige Frage stellen:

Wer ist denn hier der Arbeitgeber? Das ist der Ortenaukreis. Und der Landrat ist der Chef der Kreisverwaltung und der Kreistag ist das oberste Organ dieser Verwaltung und gleichzeitig die Interessensvertretung der Bürgerinnen und Bürger. Und dieser Arbeitgeber hat gegenüber den Pflegerinnen und Pflegern eine Fürsorgepflicht, die meines Erachtens immer mehr anderen Interessen untergeordnet wird. Er hat die volle Verantwortung und die Pflicht, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Das tut er bei diesen Zuständen in der Pflege aber nicht in dem Maß, in dem es nötig wäre. Als Arbeitgeber trägt man auch die Verantwortung für die Arbeitsplatzsituation in seinem Betrieb, egal woher die Probleme herrühren.

Die Zustände im Ortenau Klinikum verlangen mehr finanzielle Mittel. Dazu braucht es neben mehr Bundes- und Landesmitteln auch eine höhere Kreisumlage. Als Volksvertreter in einer Demokratie habe ich mir das Recht herausgenommen, die Verantwortlichen mit meiner Anfrage im Krankenhausausschuss am 10.02.2015 deutlich darauf hinzuweisen. Ich werde das auch in Zukunft tun.